

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 02

SPD

Februar 2020



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

„Unsere Geschichte bezeugt, dass Demokratien scheitern können, wenn Sie durch Ihre Gegner von innen heraus zerstört werden“, mit diesem Satz zitiert die ZEIT in der vergangenen Woche den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldewang. Er erinnerte damit an die Worte von Joseph Goebbels aus dem Jahr 1928: „Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen...Wenn die Demokratie so dumm ist uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache.“

Es schüttelt uns zu Recht, wenn wir diese Aussagen lesen, während wir erleben, wie die AfD im Deutschen Bundestag und außerhalb des Parlaments agiert. Das Muster passt, übrigens passt auch, dass es im Januar 1930 in Thüringen war, wo die NSDAP zum ersten Mal an der Bildung einer Länderregierung beteiligt gewesen ist.

Man muss nicht übertrieben ängstlich sein, um bei solchen Parallelen zu erschrecken. Denn in der Tat sind das gefährliche an der AfD im Parlament nicht alleine die Hetzreden und die andauernden Tabubrüche der Spielregeln, die bisher im parlamentarischen Miteinander gegolten haben; es ist vor allem die Tatsache, dass die AfD die Chance nutzt, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finanzieren, die das rechtsradikale und rechtsextreme Netzwerk festigen.

Es ist daher keine harmlose Sache, wenn sich Parteien der bürgerlichen Mitte, wie CDU und FDP, von Rechtsextremen bei Wahlen unterstützen lassen. Dabei berufen sich manche Diskutanten derzeit darauf, dass es ja eine demokratische Wahl gewesen ist und an demokratischen Vorgängen ja per se nichts auszusetzen sei - Mehrheit ist Mehrheit sozusagen. Verkannt wird dabei, dass eine demokratisch gewählte Partei nicht automatisch demokratisch ist. Wir erleben tagtäglich in den Äußerungen der AfD-Funktionäre, dass gegen Minderheiten gehetzt wird. Frauen, Homosexuellen, Menschen, die nach Deutschland zugewandert sind oder Menschen muslimischen Glaubens sollen bestehende Rechte eingeschränkt oder ganz aberkannt werden. Demokratie ist aber gerade nicht die Diktatur der Mehrheit, sondern bedeutet Diskussion um Lösungen, die möglichst vielen Menschen gerecht werden. Demokratie bedeutet Kompromisse finden und sie beinhaltet dabei auch immer den Schutz von Minderheiten.

Wir können als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stolz darauf sein, dass wir seit unserer Gründung immer uneingeschränkt für Demokratie eintreten. Und wir wissen, dass es ganz aktuell mehr denn je gerade auf unsere klare Haltung gegen jegliche Feinde der Demokratie ankommt. Damit sich Geschichte nicht wiederholt.

Herzliche Grüße

2 Terminankündigungen

Politischer Aschermittwoch

Wie viele von euch bereits wissen werden, findet am **Mittwoch, 26. Februar 2020**, der diesjährige **Politische Aschermittwoch im Forum Ludwigsburg** statt. Für dieses Jahr konnten als Redner unser Minister **Hubertus Heil**, unser Landesvorsitzender **Andreas Stoch** und Generalsekretär **Sascha Binder** gewonnen werden.

Beginn ist um 11 Uhr im Forum am Schlosspark Ludwigsburg.

Weitere Informationen - auch zur Anmeldung und gegebenenfalls Anreise - findet ihr auf der Homepage der SPD Baden-Württemberg unter folgendem [Link](#).

Preview von „Die perfekte Kandidatin“

Haifaa Al Mansour ist die erste Filmemacherin Saudi-Arabiens. Bei der Preview ihres neuen Films bin ich als „Premierenpatin“ dabei.

Der Film erzählt die Geschichte der jungen Ärztin Maryam, die sich im restriktiven Saudi-Arabien entscheidet, für die Gemeinderatswahl zu kandidieren.

Die Preview beginnt am **So., dem 8. März um 13 Uhr im Atelier am Bollwerk.**

Bürger*innenanliegen

Die Stuttgarterinnen und Stuttgarter interessierten sich auch in den letzten vier Wochen wieder für zahlreiche Themen. Unter anderem bekam ich Zuschriften im Zuge der Aktion „Keine Wahlrechtsreform ohne Parität“. Ich wurde zu meiner Position zur Aufnahme von Geflüchteten in Griechenland gefragt, habe meine Haltung gegenüber der Organspende-Lösung verdeutlicht und wurde erneut wegen unserer geänderten Flüchtlingspolitik im Zuge des Migrationspaketes angeschrieben. Von Interesse war auch weiterhin die Grundrente und die Meisterprüfung.

Im Gespräch über die Lage in Syrien mit Mirna Abboud



v.l.n.r.: Ute Vogt MdB, Mirna Abboud und Kayu Orellana von Help e.V., Aydan Özoğuz MdB

Einen besonderen Abendtermin habe ich in der letzten Sitzungswoche gemeinsam mit der Organisation Help - Hilfe zur Selbsthilfe organisiert. Die humanitäre Helferin Mirna Abboud hat uns nicht nur besonders eindrucksvoll von ihren Erfahrungen in Syrien erzählt, sie hat auch über sehr persönliche Erlebnisse berichtet. Mir ist besonders die Veränderung in der syrischen Gesellschaft seit Kriegsbeginn in Erinnerung geblieben, von der die gebürtige Syrerin gerade aus ihren Studienjahren in Damaskus berichtete. Insbesondere richtete sie ihre Worte an die internationale Gemeinschaft, gemeinsam den immer noch andauernden Krieg, in seinem mittlerweile neunten Jahr, zu beenden. Darüber hinaus ist es ihr ein dringendes Anliegen die Sanktionen aufzuheben, die massive Einschränkungen bei der humanitären Hilfe und in der Versorgung für die syrische Bevölkerung bedeuten. Nur so kann Syrien mit dem Wiederaufbau beginnen. Einen Bericht über den gesamten Aufenthalt von Mirna Abboud in Deutschland gibt es auch [hier](#) auf der Homepage von Help e.V..

Red Hand Day im Bundestag



Es war wieder Red Hand Day im Bundestag. Die jährliche Aktion gegen den Einsatz von Kindersoldatinnen und Kindersoldaten. Einen kurzen [Hintergrundbericht](#) zur Aktion gibt es auf meiner Homepage.

Faire Arbeitsbedingungen - Europaweit

Wir erfüllen unser Versprechen „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“. Mit der Umsetzung der revidierten EU-Entsenderichtlinie: „Mobilität in der EU - fair, verlässlich und sozial gerecht“ sorgen wir endlich für die nötige Angleichung der Arbeitsbedingungen für entsendete Arbeitskräfte aus dem EU-Ausland. Unter anderem werden so Löhne, die bundesweit tarifvertraglich geregelt sind, Sonderzahlungen und Sachleistungen angepasst. Mehr Details können auch der [Pressemitteilung](#) des Bundesarbeitsministeriums entnommen werden. Der Gesetzesentwurf wurde am 12. Februar im Kabinett beschlossen und kann nun das Verfahren im Bundesrat und Parlament durchlaufen. Das Gesetz soll zum 30. Juli 2020 in Kraft treten.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de

